

Offener Brief an die Bundestarifkommission

Stuttgart, 2. April 2004

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Nach der Kündigung der Tarifverträge zur Arbeitszeit durch die Länder kommt Eurer heutigen Sitzung eine enorme Bedeutung zu.

Wir sind der Meinung, dass die Weichen in ver.di jetzt auf Arbeitskampf gestellt werden müssen und die Verhandlungen über die „Modernisierung“ des Tarifrechts im öffentlichen Dienst auch mit den Kommunen und dem Bund abgebrochen werden müssen.

Es ist völlig klar, dass nicht nur die Länder, sondern auch Bund und Kommunen Arbeitszeitverlängerung wollen. Bund und Kommunen kündigen offensichtlich nur aus rein taktischen Gründen die Tarifverträge zur Arbeitszeit nicht. Sie wollen erst mal im Rahmen der Prozessvereinbarung ein Maximum an Zugeständnissen durch ver.di, um dann in der Tarifrunde 2005 die Frage der Arbeitszeit anzugehen. Bundesinnenminister Schily hat diese Vorgehensweise bereits angekündigt. Ernst Otto Stüber vom kommunalen Arbeitgeberverband hat die Entscheidung der Länder als „kurzsichtig“ kritisiert, weil die Anhebung der Arbeitszeit nur für Neueingestellte gelte und damit der Spareffekt zu gering sei. Stüber weiter: „Wir wollen aber nicht kurzfristig sparen, sondern einen größeren Wurf“. Und das soll über die Prozessvereinbarung erreicht werden.

Manche ver.di-Funktionäre versuchen die Bedeutung der Verlängerung der Arbeitszeit bei den Ländern herunterzuspielen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass z.B. die Arbeitszeitverlängerung in Bayern laut Spiegel online vom 31. März nicht nur für Neueingestellte gilt, sondern auch für Beförderungen und bei der Verlängerung von Zeitverträgen Anwendung findet. Es wird davon ausgegangen, dass in Bayern in 5 Jahren bereits drei Viertel aller beim Land Beschäftigten 42 Stunden arbeiten und damit 5.700 Stellen vernichtet werden.

Wir können auch nicht nachvollziehen, wenn ver.di nicht mehr einfällt, als die Beschäftigten mit Verweis auf die Nachwirkung des

Tarifvertrags für ver.di zu gewinnen. Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Attraktivität von ver.di können nur dadurch hergestellt werden, dass den fortgesetzten Angriffen der Arbeitgeber endlich durch einen bundesweiten Kampf Paroli geboten wird.

Wenn die Kündigung der Tarifverträge durch die Länder und die Verlängerung der Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden von ver.di nicht mit Kampfmaßnahmen beantwortet wird, wird das eine Ermütigung für alle Arbeitgeber sein, Tarifverträge zu kündigen und die Arbeitszeit zu verlängern.

Die Kündigung der Tarifverträge zur Arbeitszeit durch die Bundesländer zeigt, dass die Arbeitgeber ver.di vorführen und den öffentlichen Dienst als Brechstange für Arbeitszeitverlängerung in der gesamten Wirtschaft nutzen wollen. Wenn die größte Einzelgewerkschaft der Welt nicht die Kampfkraft hat das zu verhindern, wer dann?

Zu lange haben wir zugelassen, dass die Arbeitgeber sich einzelne Personengruppen oder Bereiche herausgreifen, ohne dass dies durch solidarischen Kampf von ver.di insgesamt verhindert wurde. Vor allem die kampflose Hinnahme der Arbeitszeitverlängerung für BeamtInnen und die Kürzung bzw. Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld erweist sich jetzt als Türöffner für ähnliche Angriffe im gesamten öffentlichen Dienst. Durch Sondervereinbarungen (beispielsweise Berlin) oder Sparten-tarifverträge (zum Beispiel ÖPNV) wurde den Arbeitgebern signalisiert, dass mit ver.di Tariffucht zu machen ist. Der Flächen-tarifvertrag des öffentlichen Dienstes ist bereits löchrig wie ein Schweizer Käse.

Der Tarifabschluss 2003 und die fortgesetzten tarifpolitischen Zugeständnisse haben nur dazu geführt, dass die Arbeitgeber immer dreister werden und nicht mal davor zurückschrecken bei 4,6 Millionen Arbeitslosen die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf bis zu 42 Stunden zu verlängern.

Es ist offensichtlich, dass die Arbeitgeber unter der „Modernisierung“ des Tarifrechts eine drastische Reduzierung der Personalkosten, sprich Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub verstehen. Dies muss mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verhindert werden. Ver.di muss umgehend eine bundesweit einheitliche Tarifbewegung gegen Tariffucht, Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung in Gang setzen. Wir müssen Kampfmaßnahmen bis hin zu einem bundesweiten Vollstreik im öffentlichen Dienst (unter Einbeziehung der BeamtInnen) vorbereiten. Beschäftigte aus anderen Bereichen, die ebenfalls von der Kündigung von Tarifverträgen (z.B. AWO) oder von ähnlichen Angriffen (z.B. DruckerInnen) betroffen sind, sind in den Kampf mit einzubeziehen. Ganz ver.di und der DGB sind aufgefodert einen solchen Kampf bis hin zu Solidaritätsstreiks zu unterstützen und mit dem Kampf gegen Sozialabbau zu verbinden.

Laut Informationsblatt des Tarifsekretariats vom Februar sind in den Projektgruppen, in der Lenkungsgruppe, Verhandlungs- und Tarifkommission u.a. die Preisgabe folgender Tarifbestandteile in der Diskussion: Wegfall Zeit-, Alters-, Bewährungs- und familienbezogenen Zuschlägen, Zusammenfassung von Weihnachts- und Urlaubsgeld zu einer Zahlung „möglichst nahe 100% eines Monatsgehalts“, Arbeitszeitflexibilisierung, Einschränkung Kündigungsschutz, Einführung leistungs- bzw. ertragsabhängige Lohnbestandteile, Öffnungsklauseln für „betriebliche Härten“ Wir lehnen diese Zugeständnisse ab.

Wir fordern Euch auf, den Abbruch der Verhandlungen über die Reform des Tarifrechts im öffentlichen Dienst (Prozessvereinbarung) zu beschließen.

Wir erwarten von Euch eine bundesweit einheitliche Kampagne für die Verteidigung aller im BAT/BMT-G/MTArb erkämpften Errungenschaften und für die Wiederherstellung der Tarifeinheit im öffentlichen Dienst. Alle bereits durchgeführten Verschlechterungen bei den BeamtInnen sind zurückzunehmen.

Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Kontakt zum Netzwerk in Stuttgart:
Ari Häcker, Tel. 0711/6075443 oder
0163/3702426

www.netzwerk-verdi.de

Infos & Kontakt: Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, info@netzwerk-verdi.de